

3. Februar 2020

POLITISCHE PRIORITÄTEN

der SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen für die
Mandatsperiode 2020-2025

Die Sozialdemokratie in Europa steht vor enormen Herausforderungen. Im Angesicht des Populismus müssen die Auswirkungen der Globalisierung, des Klimawandels, der Transformation von traditionellen Arbeitsformen, der anhaltenden oder sogar zunehmenden Ungleichheiten, der Migration und des zunehmenden Isolationismus angegangen werden. Die Sozialdemokratie muss konkrete, differenzierte und ehrgeizige Antworten auf diese Fragen finden und sich in Bezug auf die Herausforderungen des tief greifenden ökologischen und digitalen Wandels, der notwendig und unvermeidbar ist, neu definieren.

Dennoch ist die Sozialdemokratie in vielen Ländern, insbesondere auf der Ebene der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, nach wie vor stark und erfolgreich. Die sozialdemokratische Familie ist die zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament und wird in der neuen Europäischen Kommission einen wichtigen Einfluss haben.

Im Europäischen Ausschuss der Regionen vereint die SPE-Fraktion mehr als 200 gewählte Vertreterinnen und Vertreter der europäischen sozialdemokratischen Familie, aber auch progressiver linker und grüner Parteien. Unsere Fraktion ist daher gut aufgestellt, um einen Beitrag zur Gestaltung des europäischen Projekts zu leisten, basierend auf der Zusammenarbeit der verschiedenen fortschrittlichen politischen Kräfte.

1. Stärkung der demokratischen Grundlage der Europäischen Union und Verbesserung ihrer Governance

Im Vorfeld der „Konferenz zur Zukunft Europas“, die Anfang 2020 anlaufen soll, sprechen wir uns für **eine Veränderung der Methodik für die Konsultation und Einbeziehung der Bürger in die Funktionsweise der Europäischen Union** aus. Wir glauben, dass diese Konferenz nicht nur ein weiterer Bürgerdialog sein kann. Wir wollen sicherstellen, dass die Konferenz zu einem verbindlichen Ergebnis führt, einschließlich möglicher Änderungen der europäischen institutionellen Architektur. Noch wichtiger ist es der SPE-Fraktion, die anderen EU-Institutionen zu gemeinsamen Anstrengungen zur Schaffung **eines strukturierten und permanenten Systems der Bürgerkonsultationen** auf der Grundlage einer längerfristigen Strategie zu schaffen, einschließlich geeigneter Feedback-Mechanismen und unter Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Diese Mechanismen sollten die bestehenden Instrumente der partizipativen Demokratie wie die Europäische Bürgerinitiative ergänzen, um die Legitimität und die demokratischen Grundlagen der EU zu stärken. Wir sind bereit, "mehr Demokratie zu wagen", möglicherweise durch Beteiligung an der Ausarbeitung einer Europäischen Charta der Demokratie.

Außerdem muss das einzigartige System der repräsentativen Demokratie in der EU, in dem verschiedene Ebenen eng zusammenarbeiten, gestärkt werden. Die SPE-Fraktion wird sich weiterhin für eine bessere Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in allen Phasen der Beschlussfassung der EU einsetzen. Wir brauchen **eine Reform der Arbeitsweise der Europäischen Union mit Schwerpunkt auf Multi-Level-Governance, besserer Rechtsetzung und aktiver Subsidiarität** in einem überarbeiteten und umfassenden Rahmen für die interinstitutionelle Zusammenarbeit, um sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften wirksam sind und umgesetzt werden können. Wir unterstützen den

vorangigen Grundsatz des europäischen Mehrwerts und lehnen quantitative Ansätze für Gesetzgebung wie das Prinzip „One in, one out“ ab.

Wir setzen uns nachdrücklich für die Grundrechte, Grundfreiheiten und Werte der EU ein. 10 Jahre, nachdem die Charta der Grundrechte der Europäischen Union rechtsverbindlich geworden ist, fordern wir ihre vollständige Umsetzung auf der Ebene der Mitgliedstaaten sowie der regionalen und lokalen Behörden, insbesondere durch **eine neue Charta-Strategie**, die die Nutzung und das Bewusstsein für die Charta verbessern und sie für die Bürgerinnen und Bürger in der EU unmittelbar relevant machen würde.

Wir werden politische Maßnahmen ergreifen, wenn die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nur eingeschränkt in der Lage sind, die europäischen Rechte und Werte zu wahren. In diesem Sinne sind wir auch davon überzeugt, dass eine jährliche Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten, die sich auch auf die Situation auf lokaler und regionaler Ebene stützt und diese widerspiegelt, dazu beitragen würde, die Grundlage der gemeinsamen Werte der EU zu stärken.

Wir sind jedoch der Auffassung, dass jede Regierungs- und Verwaltungsebene nur für die Politikbereiche verantwortlich gemacht werden kann, für die sie tatsächlich zuständig ist. Wir warnen vor Mechanismen, die die europäischen Städte und Regionen – und damit auch ihre Bürger – benachteiligen würden, indem sie sie für Maßnahmen der nationalen Regierungen, die gegen die Werte der EU verstoßen, als Geisel einsetzen.

2. Ausrichtung der EU-Wirtschaftsstrategie auf langfristige nachhaltige Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen

Um die im Pariser Klimaschutzübereinkommen festgelegten Ziele zu erreichen und die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung für 2030 zu erreichen, muss die Europäische Union erhebliche Investitionen in spezifische Infrastrukturen, Sektoren und Technologien tätigen, um die aktuellen klima- und sozialen Herausforderungen zu unterstützen. Wir müssen **unser Wirtschafts- und Entwicklungsmodell ändern** und die Wirtschaftsstrategie der Europäischen Union neu konzipieren, die auf einer **langfristig nachhaltigen Investitionskohärenz** und dem **Übergang zu einer echten Kreislaufwirtschaft beruhen sollte**.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen hängt auch von öffentlichen Investitionen als Anreiz und Voraussetzung für private Investitionen und die **Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse** in Bereichen wie allgemeine und berufliche Bildung, Forschung, Infrastruktur, Wohnraum, Verkehr, Gesundheit oder Umwelt ab. Den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der EU kommt als Investoren und Anbietern öffentlicher, auf die Bedürfnisse ihrer Bürger zugeschnittener Dienstleistungen eine zentrale Rolle zu. Daher muss eine unserer Hauptprioritäten darin bestehen, ihre Investitionsfähigkeit wiederherzustellen, um die Auswirkungen früherer Krisen zu bekämpfen, soziale Gerechtigkeit und Innovation zu fördern und eine nachhaltige Zukunft aufzubauen. Die SPE-Fraktion wird sich für **eine flexiblere Anwendung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP)** einsetzen, um die zur Ankurbelung des Wachstums erforderlichen öffentlichen Investitionen zu

fördern, insbesondere indem sie unsere **Forderung** bekräftigt, **die nationale und regionale Kofinanzierung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds aus dem SWP auszuschließen**. Darüber hinaus sind wir nach wie vor gegen makroökonomische Konditionalität, d. h. ein Sanktionssystem, das Auswirkungen auf die Kohäsionspolitik und damit auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften hat, und fordern stattdessen einen auf Anreizen basierenden Ansatz. Wir werden uns auch für eine **flexiblere Anwendung der** Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit kohäsionspolitischen Mitteln, öffentlichen Dienstleistungen und der Energiewende einsetzen.

Darüber hinaus verteidigen wir **das Recht der Bürger auf Netzanbindung** unabhängig von ihrer geografischen Lage oder ihrem sozioökonomischen Status. Wir fordern daher weiterhin, dass **Investitionen in die digitale Infrastruktur** in wirtschaftlich nicht interessanten Bereichen als **Dienstleistungen von allgemeinem Interesse** betrachtet werden.

Die SPE-Fraktion fordert die EU auf, im Rechtsrahmen für das öffentliche Auftragswesen, den Wettbewerb und die staatlichen Beihilfen für Kohärenz zu sorgen. **Ein gut funktionierendes Beschaffungssystem** wird eine Schlüsselrolle spielen, wenn es darum geht, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in die Lage zu versetzen, EU-Investitionen zu tätigen und allgemeinere politische Ziele zu erreichen. Es liegt auf der Hand, dass der Spielraum für öffentliche Investitionen auch von der Effizienz der EU-Steuerpolitik abhängt. Wir werden daher unmissverständlich **Maßnahmen der EU zur verstärkten Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, Steuerdumping und aggressiver Steuerplanung** in der EU und weltweit unterstützen, einschließlich des Vorschlags der Kommission, die *Passerelleklausel* zu nutzen, um **insbesondere im Steuerbereich Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit zu fassen**.

Die Globalisierung erfordert bessere Antizipation der territorialen Auswirkungen von Handelsabkommen, des Zusammenspiels zwischen der Handelspolitik und der internen Umwelt-, Sozial-, Industrie- und Regionalpolitik der EU sowie der Bedeutung globaler Wertschöpfungsketten. Die Regionen benötigen ein geeignetes Instrumentarium der EU, einschließlich handelspolitischer Schutzinstrumente, eines Mechanismus zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der EU und eines internationalen Beschaffungsinstruments, das dazu beitragen würde, Schocks durch Handel und Globalisierung zu vorherzusehen. Wir werden uns auch an der Gestaltung der vorgeschlagenen CO₂-Grenzausgleichssteuer beteiligen, um sicherzustellen, dass sie für die lokalen Arbeitsmärkte sensibilisiert ist und einen fairen Wettbewerb zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und multinationalen Unternehmen gewährleistet.

Wir halten auch daran fest, **dass Online- und Offline-Wirtschaftstätigkeiten unter gleichen Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt gleich behandelt werden sollten**. Vor diesem Hintergrund werden wir weiterhin Druck auf die Kommission ausüben, die Europäische Kommission aufzufordern, im breiteren Kontext des „Gesetzes über digitale Dienste“ Vorschläge vorzulegen und die weitgehend überholte Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr aus dem Jahr 2000 zu aktualisieren.

3. Für eine Kohäsionspolitik, die allen Regionen zugänglich und mit angemessenen Ressourcen ausgestattet ist

Die Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts ist unerlässlich, um die Europäische Union zu stärken und dafür zu sorgen, dass niemand zurückgelassen wird. Hiermit können wir die derzeitige „Geografie der Unzufriedenheit“ in eine „Geografie der Chancen“ umwandeln.

Die Kohäsionspolitik ist das größte Investitionsinstrument der EU und der greifbarste Ausdruck der europäischen Solidarität, um wirtschaftliche, soziale und territoriale Ungleichheiten zu überwinden und für Konvergenz zu sorgen. Angesichts der zunehmenden Europaskepsis in Gebieten, die unter der Globalisierung eher leiden als von ihren Chancen zu profitieren, ist eine faire und wirksame Kohäsionspolitik von größter Bedeutung. Die Kohäsionspolitik muss dazu beitragen, eine neue Wirtschaftsstrategie für die EU auf der Grundlage langfristig nachhaltiger Investitionen zu entwickeln.

Im Sinne der # Cohesion Alliance wird sich die SPE-Fraktion für eine Kohäsionspolitik nach 2020 als langfristige Investitionspolitik für alle Regionen Europas einsetzen, um Wachstum und Beschäftigung auf lokaler und regionaler Ebene mithilfe von innovativen Lösungen für Themen wie Klimawandel und Energiewende, soziale Inklusion, digitaler Wandel sowie grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zu fördern. In haushaltspolitischer Hinsicht besteht das Ziel darin, die Kohäsionspolitik mit ausreichenden Mitteln auszustatten, die mindestens ein Drittel des künftigen EU-Haushalts ausmachen, um insbesondere mögliche Finanzierungslücken in Bereichen wie Innovation und Energieeffizienz zu schließen. Finanzierungsinstrumente sollten komplementär eingesetzt werden, wenn nachgewiesen wird, dass sie die Wirksamkeit bei der Verwirklichung der strategischen Ziele der Union im Vergleich zum Finanzhilfemittel verbessern. Die SPE-Fraktion im AdR lehnt die erheblichen geplanten Kürzungen des mehrjährigen Finanzrahmens und insbesondere der Kohäsionspolitik trotz des gestiegenen Bedarfs und des geplanten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ab. Vor dem Hintergrund des Austritts und des Reflexionsprozesses über die Zukunft Europas halten wir es außerdem für dringend geboten, eine Vision für die mittel- und langfristig im Rahmen des EU-Haushalts zu finanzierenden Prioritäten zu entwickeln. Die Kohäsionspolitik kann ihr Potenzial am besten entfalten, wenn sie in einem klaren strategischen Rahmen verankert ist, in dem EU-weite Ziele und Vorgaben zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung gemäß der Agenda Europa 2020 festgelegt werden. Die Kohäsionspolitik kann ihr Potenzial am besten entfalten, wenn sie in einem klaren strategischen Rahmen verankert ist, in dem EU-weite Ziele und Vorgaben zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung festgelegt werden. Eine tiefgreifende Reform des MFR, mit der verhindert werden soll, dass nationale Interessen Vorrang vor den Zielen der EU haben, sollte auf einem größeren Anteil neuer Eigenmittel und einer Verringerung der nationalen Beiträge beruhen und gleichzeitig darauf abzielen, zusätzliche Belastungen für die Steuerzahler möglichst gering zu halten.

Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, dass die Kohäsionspolitik der EU für die Jahre 2021-27

- > für **alle Regionen der EU zugänglich** bleibt. Ihre Gesamtmittelausstattung für die Jahre 2021-27 sollte mindestens auf dem Niveau des laufenden Zeitraums (2014-2020)

beibehalten werden. Wir bekräftigen unsere nachdrückliche Unterstützung für die Beibehaltung des Konzepts der Übergangsregionen. Wir sehen auch der Umsetzung der verstärkten und erneuerten strategischen Partnerschaft mit den Gebieten in äußerster Randlage der EU durch die neue Kommission erwartungsvoll entgegen.

- > die **Beteiligung aller Bürger fördert**. Wir brauchen ein erneuertes, gestärktes und rechtsverbindliches Partnerschaftsprinzip, das eine breite gesellschaftliche Mobilisierung fördert und schützt. Wir brauchen eine echte öffentliche Diskussion auf der relevantesten Ebene, die eine gemeinsame Ausarbeitung öffentlicher Entscheidungen ermöglicht;
- > das Modell der geteilten Mittelverwaltung und die Rolle der regionalen Behörden bei der Planung und Umsetzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds, einschließlich des Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, bekräftigt;
- > als Kernziele das Streben nach **Gleichheit** zwischen unseren Bürgern und ihrem Wohnort sowie einen **fairen Übergang zu einer CO2-neutralen Wirtschaft** festlegt;
- > ausreichende finanzielle Unterstützung für die Umsetzung dieser Kernziele gewährleistet und jegliche finanzielle Unterstützung für Projekte, die diese Ziele untergraben, wie die Förderung fossiler Brennstoffe, einstellt; Die europäischen Haushaltsvorschriften und die europäischen Vorschriften für die makroökonomische Überwachung sollten die Verwirklichung dieser Kernziele in keiner Weise verhindern;
- > die Regionen und Städte ermutigt, die **Ziele für nachhaltige Entwicklung bei der** Programmplanung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds der Kohäsionspolitik durchgängig zu berücksichtigen;
- > eine Diversifizierung der Referenzindikatoren für die künftige Kohäsionspolitik und „**über das BIP hinaus**“ fordert, um die **Lebensqualität zu messen**.

Städtische und ländliche Gebiete sind komplementäre funktionale Räume. Wir sind der Auffassung, dass die EU-Politik die Integration dieser beiden Dimensionen fördern muss, da sie geografisch, administrativ und in Bezug auf die funktionale und thematische Politik voneinander abhängig sind. Daher fordern wir weiterhin eine ehrgeizige **EU-Städteagenda**, die politisch bindend ist und auf der europäischen Beschlussfassungsmethode beruht. Wir sind ferner der Ansicht, dass die Kommission die Empfehlungen der thematischen Städtepartnerschaften und die städtische Dimension der EU-Politik gebührend berücksichtigen muss. Gleichzeitig drängen wir auf die Entwicklung einer umfassenden **EU-Agenda für den ländlichen Raum**. Bei allen politischen Maßnahmen der EU müssen die ländlichen Gebiete berücksichtigt werden, einschließlich (aber nicht ausschließlich) der Kohäsionspolitik und der gemeinsamen Agrarpolitik.

4. Unterstützung eines europäischen Grünen Deals zur Bekämpfung der Klimakrise und Ungleichheiten

Die SPE-Fraktion begrüßt die Bestrebungen, einen **europäischen Grünen Deal** umzusetzen. Da SPE-Mitglied Frans Timmermans der geschäftsführende Vizepräsident der Kommission und zuständig für die Ausarbeitung eines Europäischen Grünen Deals ist, wird die SPE-Fraktion ihn bei den notwendigen Bemühungen unterstützen, um den Kampf gegen den Klimawandel und für eine klimaneutrale EU mit der Notwendigkeit in Einklang zu bringen, Ungleichheiten zu bekämpfen und einen fairen Übergang zu gewährleisten. Zu diesem Zweck ist es von wesentlicher Bedeutung, dass der Grüne Deal durch echte zusätzliche Mittel

unterstützt wird. Wir setzen uns weiterhin für den interinstitutionellen Dialog ein und fordern nachdrücklich, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften von Anfang an direkt in die Gestaltung des Deals einbezogen werden. Wir müssen sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten sie auch in alle Entwicklungsphasen einbeziehen. Die ehrgeizigen und notwendigen Ziele und Umgestaltungen der EU zur Umsetzung von Nachhaltigkeit werden nur möglich sein, wenn die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften miteinbezogen werden und die Energiesysteme sowie Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen dezentralisiert und lokalisiert sind.

In Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen hat die SPE-Fraktion folgende wesentliche Forderungen:

- > Energieeffizienz zur Priorität zu machen, um die Emissionen aus dem Gebäudebestand der EU zu verringern;
- > Überarbeitung des 32 % - Ziels für erneuerbare Energien auf EU-Ebene angesichts der technologischen Entwicklungen mit dem Ziel, bis 2030 40 % und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen;
- > Anhebung des Gesamtziels der EU-Klimaschutzausgaben auf mindestens 30 % und vollständige Umsetzung der im Rahmen des Übereinkommens von Paris eingegangenen Verpflichtungen;
- > Einführung einer wirksamen „Energiebesteuerung“ durch eine angemessene Preisgestaltung für fossile Energie und Emissionszertifikate, unter anderem durch Einführung einer Steuer auf Kerosin;
- > Unterstützung des Übergangs energieintensiver Industrien und gefährdeter Regionen bei gleichzeitiger Begrenzung der sozialen und ökologischen Auswirkungen;
- > Gewährleistung einer gerechten Verteilung der Umweltkosten und der gesundheitlichen, ökologischen und sozialen Vorteile für die Menschen, die von der Lage von Energieinfrastrukturen betroffen sind, sowie Bekämpfung der Energiearmut;
- > durchgängige Berücksichtigung der Klimaneutralität, der ökologischen Nachhaltigkeit und der Anpassung an den Klimawandel in allen EU-Fonds und -Finanzierungsprogrammen;
- > Unterstützung der Schaffung einer Europäischen Klimabank als eigenständige Zweigstelle der Europäischen Investitionsbank, die privaten und öffentlichen Akteuren bei der Finanzierung der Klimawende helfen würde.
- > bessere Einbindung der Städte und Regionen in die Aufstellung nationaler Klima- und Energiepläne;
- > Einrichtung einer europäischen Beobachtungsstelle für Klimaneutralität mit dem Ziel, die Anfälligkeiten der verschiedenen Gebiete bei diesem Übergang zu erfassen und zu überwachen;
- > Entwicklung eines Systems lokal festgelegter Beiträge (LDC) zur Ergänzung der national festgelegten Beiträge, um die Fortschritte bei der Umsetzung des Übereinkommens von Paris zu verfolgen.

In Fortsetzung der Arbeiten mit der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament und ihrer Initiative „Progressive Society“ unterstützen wir den Vorschlag für **einen Fonds für einen fairen Übergang**, der in der Kohäsionspolitik verankert ist, allen Regionen in geteilter Mittelverwaltung zur Verfügung steht und auf zusätzlichen Mitteln beruht.

Wir werden auch Druck auf die Europäische Kommission ausüben, **einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Energiearmut** vorzulegen, der sich von Kohäsionspaket unterscheiden,

aber ähnlich verwaltet werden sollte, mit Maßnahmen auf europäischer, nationaler und regionaler/lokaler Ebene, um die Lage der schutzbedürftigsten Verbraucher in der EU zu verbessern.

Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft erfordert die Entwicklung von Indikatoren, die auf die regionale und städtische Dimension eingehen, um die Fortschritte besser messen zu können.

Die SPE-Fraktion unterstützt eine starke und wirksame EU-Strategie für die Vermeidung, die Wiederverwendung und das Recycling von Kunststoffabfällen im Einklang mit dem Grundsatz der Abfallhierarchie.

Dies hängt mit einer starken **Biodiversitätspolitik** zusammen. Wir müssen daran erinnern, dass die EU und die Mitgliedstaaten viel größere Anstrengungen unternehmen müssen, um wirksam gegen den Verlust der biologischen Vielfalt vorzugehen, der unsere Existenzgrundlage bedroht. Bei der Vorbereitung des politischen Rahmens für Biodiversität für die Zeit nach 2020 auf europäischer und globaler Ebene müssen Maßnahmen entwickelt werden, um die wirtschaftliche Entwicklung vom Verlust an biologischer Vielfalt abzukoppeln und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften als wichtige Partner beim Schutz der bestehenden biologischen Vielfalt, bei der Wiederherstellung bereits geschädigter Ökosysteme und bei der Entwicklung innovativer Lösungen zur Anpassung der Ökosysteme an sich verändernde Gegebenheiten einzubeziehen.

Die Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals setzt letztlich quantifizierte Umweltziele voraus, die bis 2027 von allen Mitgliedstaaten im Bereich der **gemeinsamen Agrarpolitik** erreicht werden müssen, und zwar:

- > Verringerung der Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft um 30 % in jedem Mitgliedstaat;
- > Verdoppelung der Fläche, die in jedem Mitgliedstaat für den ökologischen Landbau genutzt wird, gegenüber 2017 oder mindestens 30 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Mitgliedstaats;
- > Verringerung des Pestizideinsatzes um mindestens 30 % gegenüber 2017;
- > Gewährleistung, dass 100 % des Oberflächen- und Grundwassers der Nitratrichtlinie entsprechen.

5. Kampf für ein soziales Europa, das für den künftigen Wandel bereit ist

Der Kampf für ein soziales Europa bleibt unsere politische DNA. Um das Vertrauen der Bürger in die EU als Teil ihrer Zukunft wiederherzustellen, müssen wir die soziale Dimension der europäischen Integration stärken, um die Gefahr eines Wettrennens nach unten zwischen Sozialmodellen zu minimieren, die durch eine falsche Ausrichtung auf Austerität und restriktive Haushaltspolitiken noch verschärft wird. Gleichzeitig müssen die Bürger in die Lage versetzt werden, den bereits laufenden ökologischen und digitalen Wandel zu bewältigen. Wir werden daher weiterhin Druck darauf ausüben, dass soziale Ziele in den übergeordneten Strategien

der EU oberste Priorität haben, insbesondere durch die Aufnahme beschäftigungs- und sozialpolitischer Schlüsselindikatoren für ihre Folgemaßnahmen, und dass soziale Investitionen im Rahmen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds und des künftigen Fonds „InvestEU“ vorrangig behandelt werden.

Die Umsetzung der **europäischen Säule sozialer Rechte** wird dazu beitragen, die soziale Dimension der EU zu stärken und die Auswirkungen des derzeitigen Wandels der europäischen Gesellschaft und des Arbeitsmarktes abzuschwächen. Die europäische Säule hat eine starke territoriale Komponente und das soziale Scoreboard, das derzeit nur nationale Durchschnittswerte widerspiegelt, sollte durch zusätzliche regionale Daten ergänzt werden.

Wir fordern ferner nachdrücklich, dass die **Einführung einer europäischen Kindergarantie** zur Bekämpfung von Kinderarmut und Ausgrenzung in der EU sowie **ein EU-Aktionsplan für erschwinglichen Wohnraum** (nach dem Vorbild der einschlägigen Europäischen Bürgerinitiativen) Teil der Umsetzung der Säule sein sollten.

Die Schaffung stabiler Arbeitsplätze, die Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, die Modernisierung der Arbeitsmärkte und die Gewährleistung gerechter und effizienter Sozialschutzsysteme sind nach wie vor die Prioritäten der SPE-Familie. Wir unterstützen die Einführung eines **EU-weiten Mindestlohns**, der Tarifverhandlungen Rechnung trägt, um der zunehmenden Armut trotz Erwerbstätigkeit entgegenzuwirken und sicherzustellen, dass niemand beim ökologischen, digitalen und demografischen Wandel zurückgelassen wird. Wir erwarten auch, dass die Europäische Kommission das Konzept eines **EU-Arbeitslosenrückversicherungssystems ausarbeitet**. Der ständige Wandel der Beschäftigungsformen (digital, grenzüberschreitend, Arbeit auf Abruf, plattformbasiert usw.) muss durch einen geeigneten Regelungsrahmen flankiert werden, der die soziale Dimension der digitalen Wirtschaft und des digitalen Binnenmarkts berücksichtigt, um sicherzustellen, dass diese Arbeitnehmer das gleiche Schutzniveau genießen wie Arbeitnehmer in traditionelleren Beschäftigungsformen. Konkret sollte dies einen Vorschlag der Kommission für eine **EU-Richtlinie über Plattformarbeit** auf der Grundlage von Artikel 153 (2)(b) AEUV umfassen, um Mindeststandards für faire Arbeitsbedingungen in der digitalen Wirtschaft festzulegen. Die exponentielle Ausbreitung digitaler Plattformen und der damit verbundenen Arbeit erfordert eine koordinierte Reaktion auf europäischer Ebene auf die rechtlichen Herausforderungen, die sich aus der Neuorganisation von Arbeit durch diese Plattformen ergeben.

Wir betonen, dass **erhebliche Investitionen in die Modernisierung der Bildung und eine umfassende Unterstützung der Ausbildung und des lebenslangen Lernens** erforderlich sind, um die Bürger mit den notwendigen Kompetenzen für den ökologischen und digitalen Wandel auszustatten.

Die Finanzkrise und die anschließenden Sparmaßnahmen, die die öffentlichen Investitionen ins Sozialwesen drastisch eingedämmt haben, haben zu einem dringenden Bedarf für mehr und bessere soziale Innovationen beföhrt. Diese können Armut bekämpfen, nachhaltigen Wohlstand und Wohlbefinden schaffen und gleichzeitig eine lernende und partizipative Gesellschaft fördern. Die Kommission könnte der **Agenda für soziale Innovation** auch neue Impulse verleihen, indem sie sich mit der „Wirtschaft des Wohlbefindens“ befasst und dabei den Schwerpunkt auf die wechselseitigen Beziehungen zwischen der Politik für Wohlbefinden und Wirtschaftswachstum, auf eine ausgewogene sektorübergreifende Zusammenarbeit

zwischen den verschiedenen Politikbereichen, auf einen wissensbasierten Ansatz sowie auf Präventivmaßnahmen und frühzeitige Interventionen legt, mit denen die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und der SDGs der Vereinten Nationen unterstützt wird.

Angesichts der strukturellen Veränderungen in den europäischen Gesellschaften fordern wir auch die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine starke EU-Kulturpolitik umzusetzen, da sie einen Mehrwert in Bezug auf Vielfalt, die Stärkung der europäischen Identität, die Förderung der Inklusion und Sensibilisierung bietet. Es ist von entscheidender Bedeutung, den Bürgern einen einfachen Zugang zum Kulturerbe zu ermöglichen und sie in kulturelle Prozesse einzubinden.

6. Migration und Integration

Die EU braucht eine echte Migrationspolitik, die das Problem nicht in erster Linie als Sicherheitsbedrohung behandelt, sondern sichere, legale Migrationswege bietet. Außerdem bedarf es einer kohärenten Vision für **legale Migration**, die sowohl die Migration innerhalb als auch außerhalb der EU umfasst und nicht nur auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte beschränkt sein sollte. In beiden Fällen müssen wir darauf achten, dass es nicht zur Abwanderung von Fachkräften und zu Sozialdumping kommt.

Gleichzeitig sollten Migration und Integration nicht nur aus einer organisatorischen Perspektive betrachtet werden. Wir müssen gleichzeitig immer betonen, dass Migration unsere Gesellschaften kulturell und wirtschaftlich gedeihen lässt. Um den demografischen Wandel und den Arbeitskräftemangel in der Zukunft bewältigen zu können, müssen wir auf positivere und integrativere Weise als bisher mit Migration umgehen. Bildung und Arbeit für alle sind die besten Mittel gegen Segregation.

Wir brauchen eine **faire Asylpolitik**, die den Bedürftigen Schutz bietet, den inakzeptablen Verlust von Menschenleben verhindert, wenn diese versuchen, in die EU zu gelangen, und die auf der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten, Regionen und Städten bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern beruht.

Die Dublin-Verordnung muss dringend gründlich überarbeitet werden. Die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen erfordert ein System für eine gerechte Verteilung der Asylbewerber zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen auf freiwilliger Basis, auf der Grundlage einer Reihe objektiver Kriterien wie der Größe des Landes und seiner Bevölkerung, des BIP oder der Arbeitslosenquote.

Die SPE muss weiterhin ein Gleichgewicht herstellen zwischen der Notwendigkeit der Migrationssteuerung und der Berücksichtigung legitimer Sicherheitsbedenken einerseits und der übergeordneten Notwendigkeit einer offenen und aufnahmebereiten Europäischen Union, die ihre eigenen Werte und internationalen Verpflichtungen achtet, andererseits.

Die EU muss die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Integration von Migrantinnen und Migranten weiter unterstützen. Daher fordern wir:

- > eine erhebliche Aufstockung der Mittel für den Zeitraum 2021-2027, um das Ungleichgewicht zwischen der erheblichen Aufstockung der Mittel für den Grenzschutz

und die damit verbundenen Agenturen (insbesondere FRONTEX) und der wesentlich geringeren Aufstockung der Mittel für andere Aspekte der Migration zu korrigieren. Für Maßnahmen in den Bereichen Asyl, legale Migration, Aufnahme und Integration müssen mehr Mittel zur Verfügung stehen;

- > dass wesentliche Teile der einschlägigen Finanzinstrumente den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften direkt zugänglich sind, um ihren spezifischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, vor allem bei ihrer Arbeit hinsichtlich schutzbedürftiger Migrantinnen und Migranten, insbesondere unbegleiteter Minderjähriger;
- > Mittel für Soforthilfe für lokale und regionale Gebietskörperschaften vorzusehen, die von plötzlichen Veränderungen des Migrationsdrucks betroffen sind;
- > der Notwendigkeit der Koordinierung und der Synergien zwischen den verschiedenen EU-Finanzierungsinstrumenten mehr Aufmerksamkeit zu widmen, einschließlich der Notwendigkeit, die Mittel für den Europäischen Sozialfonds + aufzustocken, der im Rahmen des neuen Vorschlags langfristige Integrationsmaßnahmen unterstützen sollte;
- > die Förderung von Maßnahmen zur Erleichterung der Integration von Migrantinnen und Migranten.

7. Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit außerhalb der EU

Die SPE-Fraktion setzt sich auch für **die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Länder außerhalb der Europäischen Union** ein. Dies sollte über die Gemischten Beratenden Ausschüsse (GBA) und Arbeitsgruppen mit den Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern, die der EU beitreten wollen, oder über die Versammlung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM) und die Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Östlichen Partnerschaft (CORLEAP) mit den Ländern, die unter die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) fallen, oder durch Maßnahmen im Rahmen der dezentralisierten Zusammenarbeit mit den bedürftigsten Ländern der Welt erfolgen. Diese Dialoge sollten den Austausch bewährter Verfahren, den Aufbau eines gemeinsamen Verständnisses und die Förderung gemeinsamer Grundwerte ermöglichen.

In Bezug auf **Handelsliberalisierungsabkommen** erinnern wir an unseren Standpunkt, dass jedem Vorschlag eine territoriale Folgenabschätzung vorausgehen muss. Es sollten Mechanismen auf nationaler und regionaler Ebene eingerichtet werden, um Zugang zu einschlägigen Informationen über die Handelspolitik zu erhalten. Darüber hinaus sollten Handelsverhandlungen mit einem formellen und partizipativen Dialog zwischen den zuständigen nationalen Behörden und den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften einhergehen. Dies ist insbesondere dann von entscheidender Bedeutung, wenn sich die Handelsverhandlungen auch auf Bereiche mit geteilten Zuständigkeiten mit den Mitgliedstaaten erstrecken, da in diesen Fällen die Zuständigkeiten der lokalen und regionalen Ebene am häufigsten betroffen sind.

8. Aufbau eines progressiven Bündnisses der Städte und Regionen

Die Organe der Europäischen Union müssen besser mit ihren Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren und ihren Anliegen und Vorschlägen Gehör schenken. Der SPE-Fraktion kommt dabei eine wichtige Rolle zu, da sie die Kluft zwischen den Institutionen und den Bürgern durch die Arbeit und das Engagement der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und ihrer Vertreter überbrückt. Die Mitglieder der SPE-Fraktion sind nur ein Teil der größeren Familie progressiver lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in der EU. Basierend auf ihrer Stärke und ihren Netzwerken ist es von entscheidender Bedeutung, die lokale und die europäische Ebene besser miteinander zu vernetzen, um das politische Narrativ, dass die Europäische Union weit entfernt in Brüssel, Straßburg oder Luxemburg ist, umzukehren und ein progressiveres und nachhaltigeres Europa von Grund auf aufzubauen.

Daher wird die SPE-Fraktion die erfolgreichen Erfahrungen der *Progressive Local Labs* in Zusammenarbeit mit der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, ihrer Initiative zur "Progressive Society" und dem Rest der progressiven Familie ausweiten. Die *Progressive Local Labs* sind lokale Veranstaltungen, die darauf abzielen, eine neue Plattform für progressive Städte und Regionen zu schaffen, den Austausch bewährter Verfahren zu fördern, mit einer neuen Generation progressiver Führungspersonen zusammenzuarbeiten und neue Ideen für den Aufbau eines nachhaltigeren Europas von der Basis aus zu präsentieren. Dabei dienen die Labs auch der Sensibilisierung, mit denen die lokalen Gebietskörperschaften über die Herausforderungen und Chancen der Agenda 2030 der SDGs informiert und die Ziele für nachhaltige Entwicklung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen.

Die SPE-Fraktion wird ihr Engagement für die Zusammenarbeit mit jungen gewählten Politikern auf lokaler und regionaler Ebene fortsetzen und sie zur Teilnahme an den Tätigkeiten der SPE-Fraktion einladen. Ziel ist es, ihnen zu ermöglichen, sich mit der Struktur und der Arbeitsweise des Ausschusses vertraut zu machen und durch gezielte Veranstaltungen engere Beziehungen nicht nur zum Ausschuss als Institution, sondern auch zur progressiven europäischen politischen Familie zu pflegen.

Die SPE-Fraktion wird die zahlreichen positiven Geschichten und bewährten Verfahren progressiver Städte und Regionen weiterhin ins Blickfeld rücken. Die Städte und Regionen sind zu Labors für innovative Lösungen geworden, und mit der Kampagne zu *Progressive Local Labs* will die Fraktion diese Geschichten miteinander verbinden und bekannter machen.

Neben der Kommunikation über die Legislativtätigkeit des Ausschusses wird die SPE-Fraktion auch weiterhin einen neuen Ansatz für ihre allgemeine Kommunikation verfolgen und dabei den Nachrichtenzyklus, die umfassenderen interinstitutionellen Beziehungen und den politischen Rahmen der EU sowie neue Trends berücksichtigen und politische Kampagnen im Zusammenhang mit ihren politischen Prioritäten aufbauen.